







Flüchtlingspolitische Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020



Anlässlich der anstehenden Kommunalwahlen am 13. September haben wir alle Parteien, die derzeit mit Fraktionen im Essener Stadtrat vertreten sind, gebeten zu insgesamt vier Wahlprüfsteinen Stellung zu flüchtlingspolitischen Themen zu beziehen. In dieser PDF haben wir alle eingegangenen Antworten zu Wahlprüfstein drei aufgelistet. Von FPD, EBB und SLB haben wir leider keine Antwort erhalten.

3. Perspektive für Kettengeduldete

Nach wie vor leben über 2.000 Menschen in Essen in Duldung, zahlreiche von ihnen in jahrzehntelanger Kettenduldung. Kinder „erben“ den Duldungsstatus ihrer Eltern. Bestehende aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten, wie z.B. über Bleiberechtsregelungen, werden nur unzureichend genutzt.

- a) Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Kettenduldungen zu vermeiden?
- b) Werden Sie Konzepte wie das Essener Modell weiterentwickeln und ausbauen, um das Problem der Langzeitgeduldete langfristig zu lösen?
- c) Werden Sie die Etablierung einer kommunalen ausländerrechtlichen Beratungskommission sicherstellen, in der Nichtregierungsorganisationen, Verwaltung und Politik auf Augenhöhe zusammenarbeiten?

 	<p>3. Perspektive für Kettengeduldete</p> <p>Wir wollen eine Einbürgerungsoffensive in unserer Stadt, damit mehr Essener*innen Deutsche mit allen Bürger*innenrechten werden. Auf Bundesgesetze wollen wir darauf hinwirken, dass integrationsfeindliche Kettenduldungen der Vergangenheit angehören. Kinder, die in Deutschland geboren wurden oder die längste Zeit ihres Lebens hier wohnen, dürfen ihren Status nicht von Eltern oder Großeltern erben. Kommunale Spielräume zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für langjährig Geduldete wollen wir wohlwollend nutzen. Professionelle Beratungsstellen für Geflüchtete sind dafür hilfreiche Partner*innen. Um die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde zu entlasten, wollen wir kurzfristig die Zeiträume der ausgestellten Duldungen verlängern. Wir wollen Menschen durch einen sicheren Bleiberechtsstatus helfen, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Die Willkommenskultur in unserer Stadt wollen wir mit einfachen Mitteln wie Infoflyern und Willkommenspaketen weiterentwickeln, um Integration aktiver zu fördern. Integration klappt am besten durch Integration in Arbeit und Ausbildung. Die Stadt Essen muss hier das Instrument der Ausbildungsduldung (4-jähriger Aufenthalt während der Ausbildung) nutzen. Nur so können wir in Essen den Fachkräftemangel gerade in Handwerksberufen beheben. Mit dem Modellprojekt für geduldete Jugendliche hat sich die Stadt Essen endlich des lange ignorierten Problems angenommen. Aber - und das kritisieren wir - es geht uns zu langsam! Wir möchten das Modellprojekt daher personell stärken, indem auch die Wohlfahrtsverbände beratend in das Projekt einbezogen werden, so wie es die Stadt Köln gemacht hat. Außerdem unterstützen wir die Forderung nach Einsetzung einer kommunalen ausländerrechtlichen Beratungskommission nach dem Kölner Vorbild.</p>
 	<p>a) Der Gesetzgeber hat durch die Einfügung des § 60 b AufenthG einen klaren gesetzlichen Auftrag zum Umgang mit Personen einer ungeklärten Identität gegeben. Wie immer im Leben, so kann und wird es Einzelfallsituationen geben, in denen beispielsweise eine „faktische“ Unmöglichkeit der Dokumentenbeschaffung bzw. Identitätsklärung durch die Betroffenen besteht. Von daher ist es gut, dass die Behörden keine Pauschalentscheidungen treffen, sondern jeder einzelne Sachverhalt – im Rahmen der Gesetzgebung und Rechtsprechung - zu überprüfen ist. Aber auch hier kommt es auf die verlässliche und belegbare Erfüllung der Mitwirkungspflicht der bzw. des Einzelnen an, woraus der Nachweis der tatsächlichen Unmöglichkeit erbracht werden kann. Sofern dieser erfolgte, kann (sofern alle anderen rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind) mit einer positiven Einzelfallentscheidung der „Kettenduldung“ abgeholfen werden. Mit dem folgenden Aufenthaltstitel erlischt die Ausreisepflicht und eine nachhaltige Integration in der Gesellschaft kann stattfinden. Neben der generellen „Behördenprüfung“ haben wir in der Stadt Essen einen ergänzenden und verlässlichen Weg; und zwar das sogenannte „Essener Modell“.</p> <p>b) Die CDU Essen ist der Meinung, dass das Essener Modell eine ergänzende Möglichkeit zur generellen Einzelfallprüfung durch die Behörde bietet. Es dürfte unstrittig sein, dass ein „Aushöhlen“ bundesgesetzlicher Regelungen durch kommunale Entscheidungen nicht erfolgen kann. Das „Essener Modell“ bietet eine ergänzende Chance. Gerade durch die individuelle Unterstützung und</p>

	<p>Begleitung durch das Integrationsmanagement des Jugendamtes der Stadt Essen. Ziel ist es, dass Jedem eine realistische Chance geboten wird. Mit Blick auf die Zukunft, unterstützt die CDU Essen ausdrücklich den eingeschlagenen Weg einer Erweiterung des anzusprechenden Personenkreises.</p> <p>c) Aus Sicht der CDU Essen besteht unter Berücksichtigung der gängigen Praxis der Stadt Essen keine Notwendigkeit. Die rechtsstaatlichen Möglichkeiten sind klar umrissen. Die gesetzliche Entscheidungskompetenz liegt bei der Sonderordnungsbehörde und diese Entscheidungen verwaltungsrechtlich überprüfbar. Daneben besteht die Möglichkeit, die Härtefallkommission „anzurufen“ und sich an den Petitionsausschuss zu wenden. Die Kommunale Ausländerbehörde Essen handelt unabhängig davon verlässlich und transparent. Sie bietet jederzeit gegenüber Nichtregierungsorganisationen gesprächsbereit.</p>
<p>DIE LINKE.</p> 	<p>a) Die Ausländerbehörde soll die § 18a AufenthG (Fachkräfte mit Berufsausbildung) und § 25a AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden) großzügig auslegen, um so möglichst vielen Menschen zu ermöglichen dauerhaft bleiben zu können. Ebenso soll der § 25b AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration) ausgelegt werden. Darüber hinaus muss das Kölner Modell angewendet werden, welches Duldungen auf einen Zeitraum von maximal 5 Jahren beschränkt, die Ausschöpfung dieses Zeitraums muss, soweit es möglichst ist, verkürzt werden. Das allein reicht uns aber noch nicht. Wir wollen außerdem auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Duldungen generell abgeschafft werden und alle hierbleiben können, die das wollen.</p> <p>b) Wir wollen Kettenduldung unterbinden. Dauerhafte Bleibeperspektiven müssen für alle Menschen, die nach Deutschland kommen, geschaffen werden, und zwar auch unabhängig von ihren Leistungen für die Gesellschaft. Das Essener Modell nutzt nicht alle Möglichkeiten, die das Land bietet und hängt hinter Ansätzen wie dem Kölner Modell hinterher, da es sich nur einen Teil der Menschen in Kettenduldung richtet.</p> <p>c) Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine solche Beratungskommission etabliert wird. Wir fordern, dass der Integrationsrat mit anderen Ausschüssen der Stadt gleichgestellt wird.</p>
	<p>a) Wir fordern die Abschaffung der Kettenduldungen und eine Rechtslage, die den betroffenen Menschen eine wirkliche Bleibeperspektive bietet. Wir werden uns bei der Landesregierung für die Einführung einer verbindlichen Stichtagsregelung einsetzen. Viele geduldete Menschen misstrauen überdies den Behörden. Diese Vorbehalte gilt es abzubauen. Hier braucht es gemeinsame Maßnahmen der aufsuchenden Sozialarbeit des Kommunalen Integrationszentrums und der Migrantenselbstorganisationen.</p>



b) Wir halten das ‚Essener Modell‘ für einen vielversprechenden Ansatz und wollen es gerne ausweiten und für eine auskömmliche Finanzierung sorgen. Allerdings sollte aus unserer Sicht auch noch einmal über eine Erweiterung der Altersgruppe und über die Ausweitung des Essener Modells für Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft, als die aktuelle Zielgruppe nachgedacht werden.

c) Wir wollen eine transparentere Geflüchtetenpolitik in Essen, bei der Menschenrechts-, Geflüchteten- und alle weiteren relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen eng mit eingebunden sind. Die Erfahrungen, Netzwerke und Kontakte dieser Organisationen sind ein unverzichtbarer Baustein für eine menschenwürdige, erfolgreiche Geflüchtetenpolitik.



a) Kettenduldungen sind menschenunwürdig und unserer Auffassung nach rechtswidrig. Menschen, die einen Asylantrag nach Art. 16a GG in der BRD stellen, haben zunächst Anspruch auf ein zügiges, prüffähiges Verfahren. Es sollte im allseitigen Interesse sein, dass ein Asylantrag zeitnah und mit der gebotenen Sorgfalt bearbeitet wird. Dass die juristischen Asylverfahren letztlich zu oft menschliche Tragödien nicht zu erfassen vermögen, zeigt die starke Inanspruchnahme von Härtefallkommission und Petitionsausschuss. Letztlich geht es um das Problemfeld, wie mit Menschen, die nach dem Gesetz keinen Asylanspruch haben, bei denen jedoch Abschiedshindernisse bestehen, menschenwürdig umgegangen wird. Duldungen als eine Art Almosen, Kettenduldungen mit den damit verbundenen Problemen für die Dauergeduldeten in einer Art ‚Warteschleife‘ (auf was?) bieten den Betroffenen keinerlei Planungssicherheit und Perspektive.

b) Ja.

c) Ja, s. auch 2.b).